



HESSISCHER LANDTAG

17.12.2025

Kleine Anfrage

**Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Mirjam Glanz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 08.09.2025**

Erhalt von Industriearbeitsplätzen in Hessen

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz, vor allem in der Industrie. Energiekrise, globale Konflikte und hohe bürokratische Auflagen sind unter anderen die Gründe für eine aktuell schwierige weltwirtschaftliche Lage, die sich auf Hessen auswirkt: Die AE Group, Continental, Buderus, RHI Magnesita, Woco-Group, Bayer, DB Cargo und Merz sind nur einige Beispiele für die angekündigte Schließung von Werken in Hessen innerhalb des letzten Jahres. Insbesondere exportorientierte hessische Industrieunternehmen stehen unter Druck und bauen Stellen ab oder verlagern ihre Produktion ins Ausland. „Wir kämpfen mit unserer Industriepolitik um jeden Arbeitsplatz“. So lässt sich Staatsminister Kaweh Mansoori in einer Pressemeldung vom 23.05.2024 zitieren. Es stellt sich die Frage, welche Resultate der Kampf des Ministers bisher erzielen konnte.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Die hessische Industrie steht vor massiven Schwierigkeiten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Exemplarisch sind hier zu nennen:

1. Eine aggressive Marktpenetrationsstrategie chinesischer Staatsunternehmen, welche häufig auf unlauterem Wettbewerb basiert.
2. Eine erratische Zollpolitik, welche die Freihandelsordnung der Weltwirtschaft in Frage stellt und somit auch und gerade der hessischen, exportorientierten Industrie Schwierigkeiten bereitet.
3. Hohe Energiekosten, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelöst wurden.
4. Enorme Belastungen durch unnötige Regularien und Bürokratie, die sich oft Beschäftigungsfeindlich auswirken, sowie praxisfern sind.
5. Der Umstand, dass in Hessen zwischen den Jahren 2014 und 2024 keine dezidierte Industriepolitik betrieben wurde.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Welche Schließungen von Unternehmensstandorten in Hessen seit Januar 2024 sind der Landesregierung bekannt? Bitte auflisten
- Frage 2. Welcher Abbau von Industriearbeitsplätzen an hessischen Unternehmensstandorten seit Januar 2024 sind der Landesregierung bekannt? Bitte auflisten
- Frage 3. Wie viele Arbeitsplätze sind, bezugnehmend auf die Auflistungen in den Antworten auf die Fragen 1 und 2, jeweils und in Summe gefährdet?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung liegen hierzu keine Daten vor, die über solche aus öffentlichen Quellen (z. B. Presseartikel) hinausgehen.

- Frage 4. Wie will die Landesregierung die Transformation der Industrie so gestalten, dass Hessen weiterhin Industriestandort bleibt?

Die Landesregierung unternimmt alles in ihrer Macht stehende, damit Hessen als starker Industriestandort erhalten bleibt und Beschäftigung gesichert wird. Dafür setzt sie u.a. auf folgende Instrumente:

- Hessen Fonds,
- Zinsverbilligte Kredite, Beteiligungen und risikoadaptierte Finanzinstrumente,
- Entbürokratisierung,
- DIGI Zuschuss,
- Stärkung der Infrastruktur zum Beispiel durch Glasfaserausbau
- Deregulierung auf EU-Ebene (Dokumentations- und Berichtspflichten, Digitalisierung, Wettbewerbs- und Beihilfenrecht),
- Stärkung der Grundstoffindustrie,
- Start-up- und Innovations-Förderung,
- PIUS-Programm

Frage 5 Was hat die Landesregierung unternommen, um die Schließungspläne abzuwenden und wie erfolgreich waren die Maßnahmen?

Die Landesregierung versucht stets Standortschließungen, soweit dies möglich ist, abzuwenden oder abzumildern. Voraussetzung hierfür ist, dass die Landesregierung frühzeitig und umfassend durch die betroffenen Unternehmen in die Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

In solchen Fällen nimmt die Landesregierung regelmäßig Gespräche mit den Unternehmensleitungen, Betriebsräten, Gewerkschaften sowie den betroffenen Kommunen auf. Ziel ist es, alternative Lösungen zu prüfen, beispielsweise durch Investitions- und Innovationsförderung, Ansiedlungs- und Umnutzungsstrategien oder Maßnahmen der Beschäftigungssicherung und Qualifizierung.

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen hängt entscheidend davon ab, inwieweit Unternehmen bereit sind, gemeinsam mit dem Land nach tragfähigen Alternativen zu suchen.

Frage 6 Welche konkreten Gespräche hat die Landesregierung a) mit den Vertretungen der Unternehmensleitung, b) mit den Gewerkschaften in Hinblick auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Transformation in Hessen geführt?

Frage 7 Wenn die Landesregierung diese Gespräche geführt hat: Was sind die konkreten Ergebnisse dieser Gespräche?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung ist in permanentem Austausch mit den relevanten Stakeholdern der Industrie, um Wachstum, Beschäftigung und Wertschöpfung in Hessen zu halten oder zu schaffen. Dies wird von allen beteiligten Akteuren als positiv und wertschätzend empfunden und sie begrüßen, dass nunmehr überhaupt ein Dialog zu industriepolitischen Fragen erfolgt.

Frage 8 Hat die Landesregierung von weiteren gefährdeten Arbeitsplätzen oder Unternehmensstandorten Kenntnis?

Frage 9 Wenn ja, was unternimmt sie dagegen?

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nein, der Landesregierung liegen keine darüberhinausgehenden Erkenntnisse vor.

Wiesbaden, 1. Dezember 2025

Kaweh Mansoori